EP-FH-01-712

D – Was Freiheit schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in:	BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik
Beschlussdatum:	08.10.2023

Änderungsantrag zu EP-FH-01

Von Zeile 711 bis 713 einfügen:
bauen die Kooperation und Forschung an Polizeihochschulen und Universitäten aus – und stärken so eine wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik. Dabei wollen wir auch europäische Forschungsprogramme, Forschungsfinanzierung und Studiengänge für Sicherheits-, Konflikt- und Polizeiforschung ausbauen. Auch Drittstaaten wollen wir hierbei einbeziehen.

Begründung

In den vergangenen Jahren hat sich das Forschungsfeld der Polizei- und Sicherheitswissenschaften massiv entwickelt, öffentliche und politische Anerkennung hat sich merkbar gesteigert. Gleichzeitig sind auch zahlreiche Herausforderungen offensichtlich geworden. Zahlreiche Forschungsvorhaben sind Auftragsarbeiten von Sicherheitsbehörden oder finden direkt an Bildungszentren der Polizei statt. Damit einher geht, dass Wissensproduktion zumindest in Deutschland teilweise mit dem verengten, nationalen Blick deutscher Innenministerien, des Bundeskriminalamtes oder Landeskriminalamtes geschieht. Die Finanzierung für interdisziplinäre wissenschaftliche Projekte ist dafür bekanntermaßen begrenzt. Vor dem Hintergrund gilt es das Forschungsfeld ausreichend und unabhängig zu finanzieren sowie eine europäische Vergleichsforschung zu intensivieren oder mit Blick auf internationale Kriminalitätsphänomene auszubauen. Die Erkenntnisse aus dieser Forschung sind für die Weiterentwicklung sicherheitsbehördlicher Praktiken oder gesellschaftliche Aushandlungsprozesse unerlässlich.